



### Presseschau vom 14.03.2017:

Quellen: Itar-Tass, Interfax, Ria Novosti, sputniknews, rusvesna.su, voicesevas.ru, hinzu kommen Informationen der Seiten *dnr-online*, *Inr-portal*, *Novorossia*, *dnr-news*, *novorosinform* u.a. sowie die offiziellen Seiten der Regierungen der Volksrepubliken *dan-news*, *lug-info*. Wir beziehen manchmal auch ukrainische Medien, z.B. *BigMir*, *UNIAN*, *Ukrinform*, *Korrespondent* und die Online-Zeitung *Timer* aus Odessa ein.

Zur besseren Unterscheidung der Herkunft der Meldungen sind Nachrichtenquellen *aus den neuen Volksrepubliken im Donbass in Rot* (*dnr-online*, *Inr-portal*, *Novorossia*, *dan-news*, *lug-info*, *dnr-news*, *novorosinform* u.a.) und *ukrainische Quellen in Blau* (*BigMir*, *Ukrinform*, *UNIAN*, *Korrespondent* und *Timer*) gekennzeichnet.

Die Übersetzung russischer Medien erfolgt in schwarzer Farbe. Meldungen *aus Sozialen Netzwerken* sind *violett* gekennzeichnet.

Ausgewählt und übersetzt durch das Kollektiv der „Alternativen Presseschau“

### Abends/nachts:

Dan-news.info: „Gerade wurde bekannt, dass während des Beschusses des **Kujbyschewskij-Bezirks von Donezk** insgesamt vier Menschen verletzt wurden“, teilte eine Quelle aus den militärischen Einrichtungen der DVR mit.

Zuvor war mitgeteilt worden, dass im Kujbyschewskij-Bezirk zwei zivile Einwohner verletzt wurden.

### Vormittags:

Lug-info.com: Die Kiewer Truppen haben in den letzten 24 Stunden 16-mal die Positionen der Volksmiliz der LVR beschossen. Dies teilte die Verteidigungsbehörde der Republik mit. Beschossen wurden die Gebiete von **Perwomajsk, Frunse, Kalinowo, Kalinowka, Losowoje, Logwinowo, Shelobok, Krasnyj Liman, Sokolniki**.

Es wurde mit 120mm- und 82mm-Mörsern, Schützenpanzerwaffen, Abwehrgeschützen 3U-23-2, Granatwerfern und Schusswaffen geschossen.

Dan-news.info: Zusammenfassung mehrerer Meldungen über ukrainische Beschüsse und deren Folgen

„Um 7:00 Uhr hat die ukrainische Armee einen Beschuss von **Spartak** begonnen. Es wird mit

Panzergeschützen und Mörsern der Kaliber 82 und 120mm geschossen“, teilte eine Quelle aus den militärischen Einrichtungen der DVR mit.

Nach den Informationen des Gesprächspartners der Agentur wurden bis jetzt von den Positionen der ukrainischen Einheiten 44 Geschosse abgefeuert. Der Beschuss dauert an. „Gestern wurde geschossen, im Dorf **Kulikowo** wurde eine Gasleitung beschädigt. Die gesamte Bevölkerung hat kein Gas – es sind etwa 80 Einwohner“, teilte der Leiter der Verwaltung des **Nowoasowskij-Bezirks** Anatolij Janowskij mit.

Nach seinen Worten haben die kommunalen Dienste bereits mit den Reparaturarbeiten begonnen.

„In der Lutugina-Straße in der Siedlung **Trudowskije** wurde eine Gasleitung beschädigt. Wir haben sie vorläufig abgedichtet, der Gasdienst führt jetzt Schweißarbeiten durch“, teilte der Leiter der Bezirksverwaltung des **Petrowskij-Bezirks von Donezk** Maxim Shukowskij mit. Er fügte hinzu, dass versucht wird, die Gasversorgung bis Mittag wieder in Betrieb zu nehmen.

„Zwischen 18:00 Uhr und Mitternacht hat die ukrainische Seite 526 Granaten mit schweren Waffen, darunter Artillerie der Kaliber 122 und 152mm, Panzergeschützen und Mörsern der Kaliber 82 und 120mm abgeschossen“, teilte eine Quelle aus den militärischen Einrichtungen der DVR mit.

Nach Angaben der Quelle wurden von den ukrainischen Einheiten **Luganskoje, Alexandrowka im Westen von Donezk, Oktjabrskij im Norden der Stadt, Jelenowka im Südwesten der Hauptstadt, Sajzewo, Shelesnaja Balka bei Gorlowka, Krutaja Balka bei Jasinowataja, die Dörfer Spartak im Jasinowataja-Bezirk, Kulikowo, Sosnowskoje, Kominternowo, Oktjabrj im Nowoasowskij-Bezirks und Nabereshnoje im Telmanowo-Bezirk** beschossen.

Neben schweren Waffen wurden beim Beschuss des Territoriums der DVR von den ukrainischen Einheiten auch Schützenpanzerwaffen, Abwehrgeschütze, Granatwerfer und Schusswaffen verwendet.

Ukrinform: Achmetow kontrolliert nicht mehr seine Hotels in besetzten Gebieten

Das Management der Hotels „Donbass Palace“ und „Park Inn“ in Donezk sei von Vertretern der Terrororganisation „DVR“ (selbsterklärte „Volksrepublik Donezk – DVR“) abgesetzt worden, teilte die Pressestelle der Firma ESTA-Holding mit, die der Holdinggesellschaft SCM (System Capital Management) des Oligarchen Rinat Achmetow angehört.

„Während des militärischen Konflikts in bestimmten Gebieten der Regionen Donezk und Lugansk der Ukraine, der drei Jahre andauert, arbeiteten die Hotels der Gruppe in Donezk ausschließlich im ukrainischen Rechtsrahmen und beschäftigten mehr als 200 Menschen“, erklärte der Direktor der ESTA-Holding, Maksym Gromadzow.

In den letzten Jahren dienten die Hotels ihm zufolge als Lebensräume und Stabsquartiere für internationale humanitäre Organisationen wie OSZE, UNO, UNICEF und viele andere.

„Seit heute (gestern) kontrollieren wir sie nicht mehr. Wir werden für die Wiederherstellung der Kontrolle über sie mit allen verfügbaren Rechtsmethoden kämpfen“, fügte er hinzu.

De.sputniknews.com: „Neuer schrecklicher Feind gefunden“ – Moskau zu Blockade russischer Banken in Kiew

Russlands Außenministerium hat der Regierung in Kiew vorgeworfen, die Blockierung russischer Banken in der Ukraine durch die Radikalen zugelassen zu haben. Die Schaffung von Problemen für russische Kreditanstalten könnte im Endeffekt zum „Beinschuss“ für die ukrainische Leitung werden, warnte die Behörde.

„Es wurde ein weiterer schrecklicher Feind gefunden, der an allen Leiden in der Ukraine schuld ist – Banken mit russischem Kapital, die seit Langem und erfolgreich in der Ukraine zum Wohl ihrer eigenen Wirtschaft, des Finanzsystems und im Interesse zahlreicher ukrainischer Anleger arbeiten“, hieß es in einer Mitteilung des russischen Außenministeriums, die am Dienstag auf der offiziellen Webseite der Behörde veröffentlicht wurde.

Moskau kritisierte auch einige Mitglieder des Ministerkabinetts, die die Radikalen zu verbrecherischen Handlungen aufhetzen. Die Banken seien ukrainische Rechtspersonen und im Einklang mit den ukrainischen Gesetzen registriert worden und hätten einen beträchtlichen Anteil im ukrainischen Banksystem.

„Wird das nicht einen Beinschuss für die amtierende ukrainische Leitung bedeuten? Ist die ukrainische Leitung imstande, diese weitere schreiende Gesetzlosigkeit in Griff zu bekommen?“, so das Ministerium.

Wie berichtet wurde, hatten Mitglieder der ukrainischen Partei Nationalkorps, die auf der Basis des Nationalisten-Bataillons „Asow“ gegründet wurde, in Kiew eine Filiale einer Tochterbank der russischen Sberbank eingemauert. Zuvor hatten die Nationalisten in mehreren Städten in der Ukraine die Geldautomaten russischer Tochterbanken beschädigt. Im Februar 2016 hatten Radikale im Andenken an die Ereignisse auf dem Maidan von 2014 eine Sberbank- und Alfa-Bank-Filiale in Kiew mit Steinen beworfen. In Lwiw versuchten sie, eine russische Bank-Filiale in Brand zu setzen.



<https://cdnde1.img.sputniknews.com/images/31487/74/314877468.jpg>

**Ukrinform: Ukrainisches Parlament ratifiziert Freihandelsabkommen mit Kanada**

Die Werchowna Rada der Ukraine hat das Freihandelsabkommen mit Kanada ratifiziert. Für die Ratifizierung stimmten 272 Abgeordnete des Parlaments, berichtet ein Korrespondent von Ukrinform.

Das Freihandelsabkommen erleichtert den ukrainischen Unternehmern den Zugang zum kanadischen Markt und trägt zur Zusammenarbeit zwischen beiden Ländern im Wirtschaftsbereich bei.

Das Abkommen wurde im Juli 2016 in Kiew unterzeichnet.

**Dan-news.info: Sechs der angeklagten Odessaer „Antimaidaner“ haben keinen Rechtsanwalt mehr, weil sie keine Mittel haben, um diese zu bezahlen, teilte im Gespräch mit DAN der Rechtsanwalt einer der Angeklagten Kirill Schewtschuk mit.**

„Nun sind sechs Anwälte, die von Anfang an beteiligt waren, aus dem Verfahren ausgeschieden, weil die Angeklagten sie nicht bezahlen können“, sagte der Gesprächspartner der Agentur.

Nach seinen Worten werden sie durch Anwälte aus dem Zentrum für sekundäre Rechtshilfe (kostenlos – Anm. DAN) ersetzt, die vom Staat gestellt werden. „Die vom Staat gestellte Verteidigung nimmt keine aktive Position ein und ist nur der Form halber anwesend“, sagte der Rechtsanwalt.

Das Gerichtsverfahren zu den tragischen Ereignissen in Odessa läuft schon mehr als zwei Jahre. Die Verhandlungen finden durchschnittlich siebenmal im Monat statt. Auf der Anklagebank sitzen 20 Menschen, darunter auch Bürger der RF.

Wir erinnern daran, dass am 2. Mai 2014 in Odessa Aktivisten des „Rechten Sektors“ und der sogenannten „Selbstverteidigung des Maidans“ eine Zeltstadt auf dem Kulikowo-Feld anzündeten, wo Odessiten Unterschriften für ein Referendum über eine Föderalisierung der Ukraine und den Status der russischen Sprache sammelten. Anhänger der Föderalisierung und der Bewegung „Antimaidan“ suchten im Gewerkschaftshaus Schutz, aber Radikale umzingelten das Gebäude und zündeten es an. In der Tragödie starben nach unterschiedlichen Angaben zwischen 40 und 200 Menschen, mehr als 200 wurden verletzt. Bis heute wurden die Schuldigen nicht bestraft, sondern die Opfer sitzen auf der Anklagebank.

## Nachmittags:

De.sputniknews.com: Ausländische Geheimdienste in Russland immer aktiver - Sicherheitsratschef Patruschew

Ausländische Geheimdienste haben ihre Tätigkeiten zur Destabilisierung der gesellschaftspolitischen Situation in Russland verstärkt, wie der russische Sicherheitsratschef Nikolaj Patruschew am Dienstag sagte.

Bei seiner Rede in einer Sitzung in Südrussland verwies Patruschew darauf, dass die Situation in der Region durch ein hohes Niveau terroristischer und extremistischer Bedrohungen gekennzeichnet sei.

„Die destruktive Tätigkeit ausländischer Geheimdienste zur Destabilisierung der gesellschaftspolitischen Situation in Russland ist aktiver geworden“, sagte Patruschew.

Dabei betonte er, dass beispielsweise Kiew offen über die Organisation von Sabotageaktivitäten in Russland spreche.

Gefährlich seien auch die Handlungen radikal-nationalistischer und religiöser Gruppierungen, extremistische Beiträge im Internet sowie die wachsende Xenophobie unter Jugendlichen.



<https://cdn1.img.sputniknews.com/images/30220/27/302202764.jpg>

Dan-news.info: „Die Reparatur- und Wiederaufbaubrigaden sind seit 9:00 Uhr zur Wiederinbetriebnahme der Donezker Filterstation (Wasserwerke) bereit. Aber die ukrainische Seite bestätigt die Einhaltung des Regimes der Ruhe nicht und die Inbetriebnahme der DFS ist verschoben bis Sicherheitsgarantien vorliegen“, teilte das operative Kommando der DVR mit.

Der Gesprächspartner der Agentur merkte an, dass sich am Sammelpunkt in Jasinowataja Vertreter der OSZE-Mission und des Gemeinsamen Zentrums zur Kontrolle und Koordination des Regimes der Feuereinstellung befinden, die weiter versuchen von Kiew eine Waffenruhe zu erreichen.

„Eine solche Situation haben wir nicht das erste Mal. Kiew spuckt einfach auf normale

Menschen und selbst auf Vertreter internationaler Organisationen“, fügte der Vertreter des Kommandos hinzu.

Ein Vertreter des kommunalen Unternehmens „Woda Donbassa“ sagte gegenüber DAN, dass das Personal der Station und die Zivilschutzgruppe für heute nach Hause fahren. „Wir werden für morgen versuchen eine Anfrage einzureichen“, fügte er hinzu.

De.sputniknews.com: Peskow zu CNN-Film über Putin: Ein „recht ominöses Material“  
Die CNN-Doku „The Most Powerful Man in the World“ („Der mächtigste Mann in der Welt“) über Wladimir Putin enthält „nichts Neues“, wie der Pressesprecher des russischen Präsidenten, Dmitri Peskow, am Dienstag erklärte.

Putin hat es seinem Sprecher zufolge nicht geschafft, sich den Film des US-TV-Senders anzuschauen, da er nachts gesendet wurde: „Wir haben manche Auszüge aus den Medien darüber gelesen.“ Wie Peskow betonte, „war alles so gewesen, wie es auch vorausgesagt worden war“.

„Das ist ein weiteres Material im Sinne des hysterischen emotionalen Hintergrundes, der sich auf Meinungen stützt, denen nichts Wesentliches zugrunde liegt; auf Meinungen, die in den meisten Fällen eine absolute Erfindung sind“, ergänzte er. „Zuweilen formulieren diese Meinungen im CNN-Material verschiedene Leute, die schon zu Wort gekommen waren. Deshalb ist es ein recht ominöses Material, aus der Reihe jener, die es schon gegeben hat. Daran ist nichts neu“, stellte der Kreml-Sprecher fest.

Er konkretisierte ferner, dass er versucht habe, seinen Standpunkt darzulegen, „der in gewissem Umfang präsent ist“.

Der amerikanische TV-Sender CNN hatte den Dokumentarfilm über Russlands Präsidenten in der Nacht zum Dienstag ausgestrahlt. Sein Autor Fareed Zakaria zeigt darin Etappen der politischen Karriere Putins und urteilt über mögliche Gründe für Russlands angebliche Einmischung in die US-Präsidentenwahl.



<https://cdnde2.img.sputniknews.com/images/31488/05/314880547.jpg>

De.sputniknews.com: Vault-7: Verwendete CIA auch IP-Adressen von russischem Innenministerium?

Unter den von der Enthüllungsplattform WikiLeaks jüngst veröffentlichten Vault-7-Dokumenten soll Medienberichten zufolge auch eine Liste vom US-Geheimdienst CIA verwendeter IP-Adressen sein.

Demnach soll die Liste IP-Adressen aus mehreren Ländern beinhalten: Allein 160 sollen aus Bulgarien stammen und dort vor allem Telekommunikationsunternehmen, Internet-Providern, Banken und Universitäten gehören, melden Journalisten aus Sofia.

In der Liste seien aber auch russische IP-Adressen zu finden, darunter die von einigen Abteilungen der Russischen Akademie der Wissenschaften, dem Supercomputerzentrum

und dem Zentrum für Weltraumforschung. Auch private Telekommunikationsunternehmen wie MTS und Sibirtelekom sollen auf der Liste stehen. Aber auch IP-Adressen des russischen Innenministeriums soll die CIA verwendet haben, wie aus der Liste hervorgeht. Gegen Ende des vergangenen Jahres waren in Medien mehrfach Gerüchte über angebliche russische Hacker aufgetaucht, die an Werbe-Affären im Internet beteiligt gewesen sein sollen. Bei der Ermittlung dieses Falles sei die Verwendung von IP-Adressen der russischen Aktiengesellschaft „Magnitogorski metallurgitscheski kombinat“ festgestellt worden. Die Ermittlungen wurden dabei von der privaten US-Firma „White Ops“ durchgeführt, die auch die Ergebnisse veröffentlichte. Das russische Unternehmen wies jegliche Vorwürfe mit der Begründung zurück, das Unternehmen würde diese IP-Adressen schon seit Langem nicht mehr verwenden. Ein Teil der Adressen sei sogar von Unbekannten illegal in den USA verwendet worden.

Die Reaktion des russischen Unternehmens hatte jedoch offenbar keinen Einfluss – die „russische Spur“ wird weiterhin in den Medien heiß diskutiert

Dan-news.info: Einwohner der DVR haben heute den letzten Weg eines der Gründer der Republik, des ehemaligen stellvertretenden Vorsitzenden des Obersten Sowjets Wladimir Makowitsch begleitet, der am 12. März im Alter von 54 Jahren an einer lang andauernden Krankheit gestorben ist.

Um sich von Makowitsch zu verabschieden, kamen Dutzende von Einwohnern, darunter der Vorsitzende des Volkssowjets der DVR Denis Puschilin, sowie Parlamentarier der Republik, Verwandte, Freunde und Kollegen des Verstorbenen.

„Wladimir Makowitsch war ein mitfühlender Mensch, der gegenüber fremdem menschlichem Leid nicht gleichgültig war. Als die Menschen bei uns ihre Wahl trafen, war er der Auffassung, dass er an der Seite des Volks sein muss. Als Makowitsch von der Tribüne die Deklaration über die staatliche Souveränität der DVR verlas, war dies ein mutiger, verantwortungsvoller Schritt. Es war ein Gefühl, eine Pflicht zu erfüllen. Und wir werden diesen historischen Moment und diesen Menschen immer in Erinnerung behalten“, sagte gegenüber Journalisten der Abgeordnete des Volkssowjets der DVR German Kadyrow.

Die Versammelten hielten Kerzen, viele kamen mit Blumen. Der Abschied dauerte zwei Stunden – von 10 Uhr morgens bis mittags. Zum Abschluss der Zeremonie fuhr das Auto mit der Leiche des Verstorbenen zum Schtscheglowskij-Friedhof am nördlichen Rand von Donezk.

Wladimir Makowitsch ist einer der Gründer der DVR. Im Frühling 2014 nahm er aktiv an den Protestaktionen gegen die ungesetzliche Machtergreifung in Kiew teil. Am 7. April 2014 verlas er von der Tribüne des Sitzungssaals der Donezker Oblastverwaltung die Deklaration über die staatliche Souveränität der DVR und rief die Gründung der Republik aus. Dann war er in der provisorischen Regierung und später stellvertretender Vorsitzender des Präsidiums des Obersten Sowjets.



<https://dan-news.info/wp-content/uploads/2017/03/%D0%BF%D1%80%D0%BE%D1%89%D0%B0%D0%BD%D0%B8%D0%B5-%D0%BF%D0%BE%D1%85%D0%BE%D1%80%D0%BE%D0%BD%D1%8B-%D0%92%D0%BB%D0%B0%D0%B4%D0%B8%D0%BC%D0%B8%D1%80%D0%B0-%D0%9C%D0%B0%D0%BA%D0%BE%D0%B2%D0%B8%D1%87%D0%B0-1-1024x680.jpg>

De.sputniknews.com: Moskau: Lage in Mossul schlimmer als einst in Aleppo – in Medien davon keine Spur

Die irakische Stadt Mossul haben bereits wesentlich mehr Menschen verlassen, als Ostaleppo in Syrien bei dessen Befreiung, wie der russische Außenminister Sergej Lawrow am Dienstag mitteilte. Dabei findet diese Tragödie, so dessen Sprecherin Maria Sacharowa ferner, in den westlichen Medien so gut wie keinen Platz.

„Diejenigen, die die Aufnahmen aus Mossul gesehen haben, können das Unruhegefühl nicht loswerden“, sagte Lawrow. „Aus dieser Stadt sind bereits sicherlich mehr Zivilisten geflüchtet, als aus Ostaleppo während der Operation zu dessen Befreiung“, betonte der Minister ferner.

Dabei gehe die Tragödie dieser irakischen Stadt an den meisten Medien in der Welt vorbei, so die Sprecherin des russischen Außenministeriums Maria Sacharowa. „Es ist merkwürdig, dass bislang immer noch kein Twitter-Account eines Mädchens entstand, das in der Stadt Mossul leidet“, sagte Sacharowa ironisch. Dabei spielte sie offenbar auf das Twitter-Profil des syrischen Mädchens Bana an, dessen Geschichte international für Aufmerksamkeit gesorgt hatte.

„Es ist seltsam, dass sich (die CNN-Korrespondentin – Anm. d. Red.) Christiane Amanpour nicht tagtäglich fragt, wie viele Menschen infolge der Kampfhandlungen der internationalen Koalition in dieser Stadt ums Leben kamen (...), dass es in den leitenden Zeitungen und Zeitschriften keine Bilder, Hashtags oder knackigen Überschriften über die humanitäre Katastrophe in Mossul gibt“, so die Sprecherin.

„Die Tragödie von Mossul wird im Informationsraum der Welt vorsichtig aus dem Auge gelassen. Soweit das im Prinzip technologisch möglich ist, angesichts des Ausmaßes der Katastrophe“, sagte Sacharowa abschließend.

In West-Mossul befinden sich derzeit nach UN-Angaben bis zu 750.000 Zivilisten und 350.000 Kinder (in Aleppo waren einst 300.000 Menschen eingesperrt), wobei der Stadtteil derzeit verstärkt bombardiert wird. Tausende Menschen fliehen vor dem Hunger, Durst und den eskalierenden Kämpfen - von humanitären Korridoren für die Zivilbevölkerung wie beim Kampf um das syrische Aleppo ist jedoch keine Rede, obwohl Hilfsorganisationen, wie zum

Beispiel Save the Children, die irakischen Streitkräfte und ihre Verbündeten dazu auffordern, solche Korridore einzurichten und „alles dafür zu tun, um Kinder und Familien zu schützen. Mittlerweile ist es laut dem UN-Kinderhilfswerk UNICEF rund 30.000 Flüchtlingen, die Hälfte davon Kinder, gelungen, die Stadt zu verlassen. Davon und von dem hohen Blutzoll unter den Zivilisten und der Armee wird jedoch nur sehr vereinzelt und nüchtern in den Leitmedien der USA berichtet.

Auch in deutschen Medien fehlt diesmal jede Spur der so üblich gewordenen Kriegsberichterstattung, bei der zuvor schon fast leidenschaftlich Russland und die „blutrünstige“ syrische Regierung wegen „unmenschlicher Bombardements“ und des „völkerrechtswidrigen Krieges“ stigmatisiert wurden.

Dem Leser werden diesmal keine zerstörten Straßen, weinende Kinder und verstümmelte Leichen unter die Nase gehalten, als ob die Bomben der US-Koalition ganz stichprobenartig nur Terroristen als Ziel verfolgen würden und die Angaben der militärischen Non Profit-Beobachtungsstelle „Airwars“, wonach die Zahl der Todesfälle von Zivilisten bei der Befreiung Mossuls bereits weitaus höher ist als in Aleppo, ganz gewiss eine Lüge wären.



<https://cdnde1.img.sputniknews.com/images/31488/19/314881952.jpg>

armiyadnr.su: Bericht des stellvertretenden Kommandeurs des operativen Kommandos der DVR Eduard Basurin

Die Lage in der Donezker Volksrepublik bleibt angespannt.

Der Gegner beschießt weiter die Gebiete von Ortschaften der Republik: **Sajzewo, Gorlowka, Jasinowataja, Spartak, Krutaja Balka, Shelesnaja Balka, Luganskoje, Dokutschajewsk, Jasnoje, Jelenowka, Sachanka, Oktjabrj, Alexandrowka, Kominternowo, das Gebiet des Flughafens und des Volvo-Zentrums sowie den Petrowskij- und den Kujbyschewskij-Bezirk von Donezk.**

In den letzten 24 Stunden haben die ukrainischen Streitkräfte 72-mal das Regime der Feueinstellung verletzt. Die Zahl der Geschosse, die von den ukrainischen Streitkräfte mit von den Minsker Vereinbarungen verbotenen Waffen auf das Territorium der Republik abgefeuert wurden, betrug: schwere Artillerie – 166-mal, davon 53-mal Kaliber 152mm, Panzer – 78-mal, Mörser verschiedenen Kalibers – 462-mal, davon 293-Mörsergranaten des Kalibers 120mm, außerdem wurden 145-mal Schützenpanzer und Schützenpanzerwagen verwendet, 859-mal Granatwerfer und Schusswaffen.

In -Folge des Artilleriebeschusses des Territoriums der Republik durch die ukrainischen Streitkräfte wurden 13 Häuser beschädigt, davon sechs im Kujbyschewskij-Bezirk von Donezk (Kolchosnaja-Straße 1a, Abrosimow-Straße 32, Krasnosnamennaja-Straße 74, 103 und 105, Artjomowskaja-Straße 210), ein Haus in Jasnoje in der Walow-Straße 13 und sechs Häuser in Spartak in der Zentralnaja-Straße. Durch das Feuer der ukrainischen Artillerie wurden fünf Einwohner der Republik unterschiedlich schwer verletzt.

Die Handlungen der ukrainischen Radikalen und der Spezialeinheiten der ukrainischen Streitkräfte gegen die friedliche Bevölkerung des Donbass verweisen auf einen Übergang Kiews vom sogenannten „kriechenden Angriff“ zur Methode der Kriegsführung terroristischer islamistischer Organisationen, deren Instrukteure Einheiten ukrainischer Radikaler ausbilden und sich nicht scheuen, psychotrope Präparate zur Unterdrückung der Furcht anzuwenden. Eine gewisse Vorstellung vom Charakter solcher Spezialtrainings kann man aus operativen Informationen erhalten. Unter anderem wurde bekannt, dass in Maximowka auf der Basis einer Vorschuleinrichtung ein psychoneurologisches Krankenhaus zur Behandlung und Rehabilitation von Soldaten der ukrainischen Streitkräfte eingerichtet wurde. Nach den Worten des Hilfspersonals des Krankenhauses kommen zur ihnen immer öfter Soldaten mit psychischen Störungen, die nach der Einnahme von stark wirkenden psychotropen Stoffen aufgetreten sind.

Allem Anschein nach müssen selbst die radikalsten unter den ukrainischen Nationalisten ihre eigene Gesundheit riskieren und die Dosis von „islamistischen Kampfpräparaten“ erhöhen, um die Vernichtung des eigenen Volkes fortzusetzen.

Die Nutzung von radikalen Einheiten durch Kiew, um den Krieg im Donbass aufrechtzuerhalten, ist durch massenhafte Weigerungen von Soldaten und Unteroffizierspersonal der ukrainischen Streitkräfte in der „ATO“-Zone bedingt, ihre Verträge zum Militärdienst zu verlängern, weil immer mehr sich davon überzeugen, dass gerade die DVR und die LVR eine antiterroristische Operation gegen die Truppen der Ukraine durchführen und ihre Häuser verteidigen.

Die Einheiten der Volksmiliz der DVR führen aktiv militärische Ausbildung durch. Heute wurde ein Training bezüglich der Weitergabe von Informationen an am Kampfort eintreffendes Personal durchgeführt. Das gesamte Personal hat die gestellte Aufgabe bewältigt. Außerdem werden mit Panzer- und Panzergrenadiereinheiten Übungen zur taktischen und technischen Ausbildung durchgeführt sowie eine Überprüfung der Erfüllung der Standards beim Umgang mit Waffen.

Ukrinform: Ostukraine: Ein ukrainischer Soldat tot, acht verletzt

In den letzten 24 Stunden wurde durch Kämpfe im Osten der Ukraine ein ukrainischer Soldat getötet, gab heute auf dem Briefing in Kiew der Sprecher des Verteidigungsministeriums der Ukraine für die ATO, Oleksandr Motusjanyk, bekannt, berichtet ein Ukrinform-Korrespondent. „Während des letzten Tages ist durch Kämpfe ein ukrainischer Soldat getötet worden, acht weitere Soldaten wurden verletzt. Wir sprechen unser Beileid an die Familienangehörigen des gefallenen ukrainischen Soldaten aus“, sagte er.

De.sputniknews.com: Lawrow kommentiert angebliche Verlegung russischer Militärs nach Ägypten.

Das russische Außenministerium hat laut seinem Leiter Sergej Lawrow keine Informationen über eine angebliche Präsenz russischer Spezialeinheiten an dem an Libyen angrenzenden Luftstützpunkt in Ägypten.

Ebenso über eine mögliche Teilnahme russischer Militärs am Konflikt in Libyen hat Lawrow eigenen Angaben zufolge nichts gehört.

Zudem empfahl der Außenminister, diese Frage dem russischen Verteidigungsministerium zu stellen: „Wenn es sich um Militärs handelt, so wenden Sie sich an Militärs“, betonte der Chefdiplomat am Dienstag.

Ihm zufolge gibt es in Libyen nicht einmal russische Diplomaten, weil „jene, die an die Macht kommen wollen, nichts tun können, damit sich zumindest die Hauptstadt in Sicherheit befindet“.

„In diesem Sinne bin ich von den Versuchen enttäuscht, die Situation in Libyen als geregelt darzustellen“, so Lawrow.

Zuvor hatte der Sprecher des russischen Verteidigungsministeriums, Igor Konaschenkow, Medienberichte über eine angebliche Verlegung russischer Spezialeinheiten in den an

Libyen angrenzenden Luftstützpunkt in Ägypten zurückgewiesen. Wie die Agentur Reuters am Dienstag unter Verweis auf militär-diplomatische Quellen aus den USA und Ägypten mitgeteilt hatte, soll Russland rund 22 Militärexperten und mehrere Drohnen in den an Libyen angrenzenden Luftstützpunkt in Ägypten verlegt haben. Moskau bezeichnete dies als Fake-News.



<https://cdnde2.img.sputniknews.com/images/31435/52/314355259.jpg>

Lug-info.com: Pressekonferenz des offiziellen Vertreters der Volksmiliz der LVR Oberstleutnant Andrej Marotschko (Zusammenfassung mehrerer Meldungen) Die Situation im Verantwortungsbereich der Volksmiliz der LVR bleibt angespannt, in den letzten 24 Stunden haben die Kiewer Truppen 16-mal das Regime der Feueinstellung verletzt.

Insgesamt wurden 594 Geschosse auf das Territorium der Republik abgefeuert. Die ukrainischen Streitkräfte verletzen weiter die Bedingungen zur Stationierung von Militärtechnik in der Nähe der Kontaktlinie, die von den Minsker Vereinbarungen vorgesehen sind.

Nach Informationen unserer Aufklärung wurden auf dem Territorium eines Transportunternehmens, das in der Nähe von Solotoje liegt, Panzer und Abwehrraketenkomplexe der ukrainischen Streitkräfte stationiert. Die genaue Zahl der Militärtechnik wurde nicht festgestellt.

Um die Existenz dieser Waffen zu verstecken, hat das Personal der Einheiten der ukrainischen Streitkräfte die Aufgabe, keine OSZE-Beobachter in dieses Gebiet zu lassen. Häufig geraten Beobachter der Mission, die im von den ukrainischen Truppen kontrollierten Territorium patrouillieren, in dem genannten Gebiet unter Beschuss.

Die ukrainischen Streitkräfte führen die Aufklärung an der Kontaktlinie auch unter Nutzung von Drohnen fort, was durch die Minsker Vereinbarungen verboten ist.

Außerdem wurde eine bewegliche Gruppe zur elektronischen Kriegführung im Verantwortungsbereich der 54. Brigade der ukrainischen Streitkräfte entdeckt.

Die Volksmiliz der LVR ist zur Lösung des Konflikts im Donbass auf friedlichem Weg bereit und hält die Minsker Vereinbarungen genau ein, aber im Fall ihres Bruchs durch die ukrainische Seite ist die bereit entschieden zu handeln.

Daher führen wir die planmäßige Vervollkommnung der militärischen Kenntnisse fort. In den Einheiten der Volksmiliz werden täglich Übungen zur militärischen Ausbildung durchgeführt. Heute wurde ein Übungsalarm ausgelöst, um die Kampfbereitschaft und die Fähigkeit zur Erfüllung vorgegebener Aufgaben der Luftabwehreinheiten zu überprüfen. Die Soldaten zeigten einen hohen Ausbildungsstand, sie trafen sicher Luftziele des Gegners. Im Ergebnis der Überprüfung wurde vom Kommando der Volksmiliz eine deutlich positive Bewertung gegeben.

In dieser Woche wird der Ausbildung von Spezial- und Aufklärungseinheiten besondere

Aufmerksamkeit gewidmet.

Dazu werden auf den Übungsplätzen der Volksmiliz Methoden der Kampfführung unter Bedingungen unbekannter Örtlichkeiten geübt sowie die Beobachtung und Vernichtung beweglicher Ziele des Gegners.

In den Reihen der ukrainischen Streitkräfte wächst die Zahl der nicht kampfbedingten Verluste.

Nach Informationen unserer Quellen hat ein Soldat der 54. Brigade nach dem Genuss von Alkohol mit seinen Kameraden, was zu Streit führte, zwei Kameraden mit dem Maschinengewehr erschossen.

Dieser Fakt wird traditionsgemäß vom Brigadekommando vor der übergeordneten Führung verheimlicht.

De.sputniknews.com: In Astana wird ohne syrische Opposition verhandelt

In Astana beginnt heute die nächste Runde der syrisch-syrischen Verhandlungen. Allerdings sind die Vertreter der bewaffneten Opposition nicht in die kasachische Hauptstadt gereist, schreibt die Zeitung „Iswestija“ am Dienstag.

Die Oppositionellen werfen den Assad-Truppen vor, den Waffenstillstand mehrmals gebrochen zu haben. In Damaskus behauptet man, zur Fortsetzung des Friedensprozesses mit den Kräften bereit zu sein, die daran wirklich interessiert seien.

Der Erste Vizevorsitzende des Verteidigungs- und Sicherheitsausschusses im russischen Föderationsrat (Parlamentsoberhaus), Franz Klinzewitsch, sagte, die Weigerung der Oppositionellen, nach Astana zu kommen, sei zwar für die Waffenruhe gefährlich, werde allerdings nicht zur Aufhebung der Gespräche in Astana führen. „Dass die Oppositionsdelegation nicht gekommen ist, bedeutet nicht, dass sie auch den weiteren Runden fernbleiben wird. Wir sind bereit, mit diesen Kräften zusammenzuwirken. Aber der Boykott des Dialogs widerspricht den Aufgaben zur Syrien-Regelung und zur Beendigung der Konfrontation“, so der Senator.

Der syrische Militärexperte Muhammed Abbas meint seinerseits, dass die Gespräche in Astana zwar wichtig sind, aber keine unmittelbare Rolle für die Situation in Syrien spielen. „Wir führen ständig einen Dialog mit den konstruktiven Kräften, die tatsächlich an der Feuereinstellung interessiert sind, und haben auch Erfolg dabei“, so der Experte. „Was den Dialog in Astana angeht, so kann die Weigerung der Opposition, nach Kasachstan zu reisen, nur davon zeugen, dass sie an der Beendigung des Blutvergießens in Syrien nicht interessiert ist. Die Behörden in Damaskus werden aber trotzdem in zwei Richtungen arbeiten: Kampf gegen den Terrorismus (...) und nationale Aussöhnung mit den Kräften, die dazu bereit sind.“

Dan-news.info: „Zur Vereinfachung für die Einwohner, die auf den Territorien unter Kontrolle der Ukraine leben, werden ab dem 1. April spezielle Zentren für soziale Unterstützung und administrative Dienstleistungen eröffnet“, teilte auf einer Pressekonferenz die Ministerin für Arbeit und Sozialpolitik der DVR Larissa Tolstykina mit. „Sie werden auf dem Territorium der DVR, in den Gebieten der Kontroll- und Passierpunkte, in sicherem Abstand von der Kontaktlinie liegen“.

Nach den Worten Tolstykinas werden die Informationen über die genauen Standorte der Zentren und ihre Arbeit gesondert veröffentlicht.

De.sputniknews.com: Damaskus gibt Ankara Schuld an Abwesenheit syrischer Opposition in Astana

Der Chef der syrischen Regierungsdelegation und UN-Botschafter Syriens, Baschar Dschaafari, hat die Türkei für die Nichtteilnahme der bewaffneten syrischen Opposition an der neuen Runde der Syrien-Gespräche in Astana verantwortlich gemacht, wie die syrische Nachrichtenagentur SANA am Dienstag meldet.

Dschaafari hat demnach der Türkei als einem Garanten der Waffenruhe in Syrien

vorgeworfen, am Nichterscheinen der bewaffneten syrischen Opposition zu den Gesprächen in der kasachischen Hauptstadt schuld zu sein. „Die Türkei trägt die Verantwortung für das Nichteintreffen der Opposition zu Astana-3“, betonte er.

„Das (Nichterscheinen der Opposition – Anm. d. Red.) bestätigt noch einmal, dass sie lenkbar ist; die Türkei als Garant der Waffenruhe trägt hierfür die Verantwortung“, so der syrische Diplomat.

Wie er ferner betonte, sei die syrische Regierungsdelegation aber nicht nur der Opposition zuliebe nach Astana gekommen, sondern auch für Kontakte mit den Vertretern des Irans und Russlands. Dschaafari habe das erfolgreiche bilaterale Treffen mit der russischen Delegation hervorgehoben.

„Wir haben die Lage in Syrien eingeschätzt, sowohl im Lande selbst als auch auf regionaler Ebene, und ebenso die Position in der Welt gegenüber Syrien“, teilte der Diplomat mit.

Am Dienstagmorgen startete in Kasachstans Hauptstadt Astana die dritte Runde der Syrien-Gespräche. Vertreter der bewaffneten syrischen Opposition hatten zuvor ihre Teilnahme an diesen Gesprächen abgelehnt.

Wie am Montag der syrische Präsident Baschar Assad erklärte, hat Russland in all den sechs Jahren der Syrien-Krise einen jeden ihren militärischen und politischen Schritt hinsichtlich der Zukunft der Republik mit Damaskus beraten.



<https://cdnde1.img.sputniknews.com/images/30928/52/309285216.jpg>

Dan-news.info: Zusammenfassung mehrerer Meldungen über ukrainischen Beschuss am Nachmittag

„Vor etwa einer Stunde haben die ukrainischen Truppen einen Beschuss unserer Dörfer begonnen. Dabei wurden Stromleitungen beschädigt, keinen Strom haben die Einwohner von **Kulikowa, Oktjabrj** und von sieben Straßen in **Krasnoarmejsk**. Der Beschuss geht weiter“, teilte der Leiter der Verwaltung des **Nowoasowskij-Bezirks** Anatolij Janowskij mit. Er fügte hinzu, dass Informationen über Verletzte nicht eingegangen sind.

„Um 15:45 Uhr hat die ukrainische Seite einen Beschuss mit Panzergeschützen auf **Sosnowskoje im Telmanowo-Bezirk** begonnen“, teilte eine Quelle aus den militärischen Einrichtungen der DVR mit. „Es wurden bereits 20 Geschosse abgefeuert“.

Außerdem werden nach den Angaben der Quelle **Leninskoje, Oktjabrj und Nabereshnoje im Nowoasowskij-Bezirk** im Süden der Republik weiter beschossen. Es wird mit Artillerie des Kalibers 152mm und Mörsern des Kalibers 120mm geschossen. Nach vorläufigen Angaben wurden von den Positionen des Gegners insgesamt mehr als 130 Artillerie- und Mörsergranaten abgeschossen.

De.sputniknews.com: Janukowitsch schlägt Referendum über Donbass-Status vor  
Laut dem ukrainischen Ex-Präsidenten Viktor Janukowitsch ist es sinnvoll, mittels Volksabstimmung über den Status des Donbass im Osten der Ukraine zu entscheiden. „Mir scheint, man könnte die Frage, dem Donbass die Rechte einer Autonomie mit breiten Vollmachten im Bestand der Ukraine zu gewähren, zur Volksabstimmung bringen. Ich denke, der Herstellung des Friedens in der Ukraine zuliebe wird eine solche Idee in allen Regionen des Landes Unterstützung finden“, sagte der ehemalige ukrainische Staatschef in einem Interview mit RIA Nowosti.  
Janukowitsch rief ferner dazu auf, „den Bewohnern des Donbass zu erlauben, mit ihren eigenen Traditionen, ihren eigenen Ansichten zur Geschichte zu leben, eine beliebige Sprache zu sprechen und eine beliebige Musik zu hören“.  
Zuvor hatte der Ex-Staatschef der Ukraine vorgeschlagen, im Land ein Referendum über den Status des Donbass abzuhalten.

Dnr-online.ru: Über die nächsten ökonomischen Aufgaben unter den neuen Bedingungen der Einführung einer äußeren Leitung über die Unternehmen ukrainischer Jurisdiktion berichtete in einem Interview mit der offiziellen Seite der DVR die Ministerin für ökonomische Entwicklung der DVR Wiktorija Romanjuk.  
„Das wichtigste Ziel der Ökonomie ist das Wohlergehen jedes Bürgers der Republik. Dafür ist es nötig, Stilllegungen von Unternehmen nicht zuzulassen. In diesem Jahr ist auch die gesamte gesetzgeberische Basis für Investitionen erarbeitet worden, es wird ein Investitionsportal der Republik geben. Ich denke, bis Ende des Jahres sind wir auf einem Niveau, wo mit uns gerechnet werden muss und wir konsultiert werden. In den letzten drei Jahren haben wir nicht nur unser Recht auf Unabhängigkeit bewiesen, sondern auch Fähigkeit und Professionalität im Bereich der Organisation der staatlichen Ökonomie gezeigt“, sagte Wiktorija Romanjuk.

De.sputniknews.com: Donbass droht Blockade nach Krim-Szenario.  
Der ukrainische Stab zur Blockade des Donezbeckens verlangt die Freilassung aller ukrainischen Gefangenen, die auf dem Territorium der abtrünnigen Volksrepubliken Donezk und Lugansk verblieben sind, schreibt die „Nesawissimaja Gaseta“ am Dienstag.  
Andernfalls drohen die ukrainischen Nationalisten mit unerträglichen Lebensbedingungen für die Donbass-Einwohner, nämlich mit der Unterbrechung der Güterlieferungen, der Wasser- und Stromversorgung. Ein ähnlicher Versuch war 2015 auch gegenüber der Krim unternommen worden.  
Zudem versprach der Koordinator des Blockadestabs, Anatoli Winogorski, demnächst auch die Kohlelieferungen aus Russland zu sperren: „Am 2. April beginnen wir die aktive Phase der Blockade, so dass keine Kohle aus Russland durchgelassen wird.“ Bis dahin sollten die Behörden in Kiew nach seinen Worten entsprechende Verträge mit Ländern abschließen, „die keinen Krieg gegen die Ukraine führen“.  
Der Bahnverkehr zwischen der Ukraine und den selbsternannten Volksrepubliken ist schon seit mehr als einem Monat blockiert. Das führte zur Unterbrechung der Anthrazit-Lieferungen aus der Donbass-Region, wo sie gefördert wird, in den restlichen Teil der Ukraine, so dass die Behörden besondere Sparmaßnahmen ausrufen mussten.  
Donezk und Lugansk reagierten auf Kiews Vorgehen mit der Warnung, sie würden ihre Industrie vollständig „auf den russischen Markt und andere Länder umorientieren“, ging aus einer entsprechenden gemeinsamen Erklärung der Oberhäupter der beiden Volksrepubliken, Alexander Sachartschenko und Igor Plotnizki, hervor. Gleichzeitig wurde der Trennlinie im Donezbecken der Status einer Staatsgrenze verliehen.  
Kiews Position zur Wirtschaftsblockade der beiden Volksrepubliken bleibt kontrovers: Die Behörden verweisen auf die großen wirtschaftlichen Verluste, die die Ukraine tragen muss. Premier Wladimir Groisman führte vor kurzem an, dass sie sich umgerechnet auf 75 bis 150 Millionen Dollar monatlich belaufen. „Dass wir unsere Kohle bekamen und für unsere Hüttenindustrie und Energetik nutzten, entsprach den Interessen der Ukraine. Darüber

hinaus bekam unser Haushalt Steuergelder, mit denen unsere Bedürfnisse finanziert wurden. Jetzt muss jeder Ukrainer die Blockade mit entsprechenden Verlusten bezahlen“, warnte der Regierungschef.

Ähnlich äußerte sich auch Nationalbankchefin Valeria Gontarewa. Nach ihren Worten könnte sich das ukrainische Wirtschaftswachstum bis Ende des Jahres um 1,3 Prozentpunkte verlangsamen, „was in diesem Jahr 1,5 Prozent ausmachen würde“.

„Wegen der Blockade verliert die Ukraine 3,5 Milliarden Dollar Exportgewinne pro Jahr, was zehn Prozent des ukrainischen Exports und umgerechnet bis 185 Millionen Dollar Steuereinnahmen sind. Das wären fünf Prozent des Haushalts und 50.000 bis 70.000 Arbeitsplätze, darunter 30.000 bis 40.000 Stellen auf dem von den ukrainischen Behörden kontrollierten Territorium“, führte der Abgeordnete der Obersten Rada (Parlament), Wladimir Gussak, an.

Eine andere Frage ist, wie teuer die Donbass-Blockade den russischen Haushalt zu stehen kommen könnte. Nach Einschätzung der deutschen „Bild“-Zeitung gibt Russland für die Löhne und Renten der Donezker und Lugansker Einwohner fast 80 Millionen Euro monatlich aus. Stratfor führt etwas andere Zahlen an: etwa zwei Milliarden Dollar jährlich.

Aber selbst eine Donbass-Blockade nach dem „Krim-Szenario“ wäre für Russland verkraftbar, meinen die von der „Nesawissimaja Gaseta“ befragten Experten. „Im Grunde versorgt das Donezbecken sich selbst“, sagte der Vizeleiter des Instituts für GUS-Länder, Wladimir Scharichin. „Es müssen nur die richtigen, vertikal integrierten Strukturen eingerichtet werden.“

„Die Donbass-Blockade ist für die meisten Seiten sowohl mit Vor- als auch mit Nachteilen verbunden“, sagte der Analytiker Dmitri Lukaschow (IFC Markets): „Erstens ist das Ziel der Blockade, die Lieferungen von Anthrazit zu unterbrechen, das in den abtrünnigen Republiken gefördert wird. In der vorigen Woche sind die ukrainischen Anthrazitvorräte laut offiziellen Informationen auf 801.000 Tonnen geschrumpft, wobei ukrainische Heizkraftwerke mehr als 30.000 Tonnen täglich für normalen Betrieb brauchen.“

Theoretisch könnte die Ukraine den Kohlemangel durch zusätzlichen Gasimport ausgleichen, wobei sie „zwar kein Gas unmittelbar in Russland kauft, aber das Gas aus Europa ist de facto russisch“, so Lukaschow. Letztendlich bedeute dies einen zusätzlichen Profit für Gazprom und Russland. Angesichts dessen sei die Blockade des Donezbeckens ungünstig vor allem für die Ukraine selbst, schlussfolgerte der Experte.



<https://cdn2.img.sputniknews.com/images/30444/65/304446577.jpg>

**Ukrinform: Militärstaatsanwaltschaft klagt Ex-Staatschef Janukowitsch wegen Landesverrats an.**

Die Militärstaatsanwaltschaft der Ukraine hat Anklage wegen Landesverrats gegen den Ex-Präsidenten der Ukraine Wiktor Janukowitsch erhoben.

Eine Anklageschrift wurde heute bei einem Gericht eingereicht, sagte der

Generalstaatsanwalt der Ukraine, Juri Luzenko vor der Presse. Ermittler hätten genügend Beweise gesammelt, um die Schuld von Janukowitsch zu belegen.  
Der Militärstaatsanwalt Rusland Krawtschenko wird die Anklage gegen Janukowitsch vor dem Gericht vertreten.

De.sputniknews.com: Ukraine: Verteidigungsministerium bittet Reserveoffiziere um Rückkehr in den Dienst

Der Verteidigungsminister der Ukraine, Stepan Poltorak, hat Reserveoffiziere aufgerufen, in den Militärdienst zurückzukehren. Diesen Appell hat er am Dienstag in seinem Facebook-Account veröffentlicht.

Laut Medien richtete Poltorak den Appell an die Offiziere während der feierlichen Veranstaltungen in Kiew anlässlich des neuen Feiertages – des „Tages der ukrainischen Freiwilligen“. Der Text der Rede wurde auch in seinem Facebook-Account veröffentlicht. Demnach haben die Reserveoffiziere Erfahrungen, die der Armee des Landes zugute kommen könnten.

„Es ist uns bereits gelungen, dank Freiwilligen die Armee zu verdoppeln. Unser Kampf geht aber weiter. Es bestehen Gefahren für die Unabhängigkeit. Wenn es Ihnen Alter und Gesundheitszustand erlauben, rufe ich Sie auf, in die Reihen der Streitkräfte zurückzukehren. Wir brauchen Ihre Erfahrungen und Kenntnisse. Wir warten auf Sie in einer für das Land schwierigen Zeit!“, so Poltorak.

Nach Angaben des Ministers hätten sich alle 40.000 Soldaten, die sich derzeit im Donbass befinden, freiwillig zum Dienst gemeldet.

#### **Abends:**

Dnr-online.ru: Die Kontrolle über die Ökonomie, die rationelle Nutzung von Naturressourcen in der Republik und die Erfüllung der Naturschutzgesetzgebung, die Vorbereitung normativer Rechtsakte und die Ausgabe besonderer Genehmigungen hat eine spezielles bevollmächtigtes offizielles Organ übernommen. Dies teilte der Vorsitzende des Staatlichen Komitees für Ökologiepolitik und Naturressourcen beim Oberhaupt der DVR Roman Kischkan in einem Interview mit der offiziellen Seite der DVR mit.

„Eine der wichtigsten Aufgaben jedes Staates ist das Niveau des Wohlergehens der Menschen. Er wird durch das Niveau der ökonomischen Entwicklung bestimmt. Die Ökonomie ihrerseits wird durch die zugänglichen Naturressourcen bestimmt. So erreichen wir durch deren Erhalt und rationelle Nutzung das notwendige Niveau der Wirtschaft und des Wohlergehens der Menschen. Deshalb sind ökologische Fragen heute äußerst wichtig! Genau deshalb hat das Oberhaupt der DVR Alexandr Sachartschenko der Schaffung eines Staatlichen Komitees zugestimmt und uns entsprechende Aufgaben gestellt“, berichtete er. Das Staatliche Komitee umfasst Abteilungen für Ökologiepolitik, für den Schutz der Atmosphäre, für Wasserressourcen und für die Abfallbeseitigung. Roman Kischkan teilte mit, dass vor kurzem durch einen Erlass des Oberhauptes der DVR dem Staatlichen Komitee drei besondere Naturschutzgebiete unterstellt wurden - „Chomutowskaja-Steppe-Meotida“, „Donezker Gebirgsrücken“ und der Naturschutzpark „Suewskij“.

De.sputniknews.com: Putin-Erlass: Soldaten aus Südossetien dürfen in Russlands Armee dienen.

Demnächst sollen einzelne Armeeeinheiten des international nicht anerkannten Kaukasus-Staates Südossetien in die russische Armee integriert werden. Russlands Präsident Wladimir Putin hat angeordnet, ein entsprechendes Abkommen zu unterzeichnen.

Die Anordnung zur Unterzeichnung des Dokuments ist auf dem offiziellen Rechtsportal Russlands veröffentlicht. Mit seiner Anordnung hat Putin das Verteidigungsministerium und das Innenministerium Russlands beauftragt, Verhandlungen mit Südossetien zu führen und

das entsprechende Dokument im Namen Russlands zu unterzeichnen.  
Es handelt sich konkret um ein Abkommen über die Eingliederung einzelner Einheiten der südossetischen Streitkräfte in den Bestand der russischen Armee. Das Projekt dazu hat die russische Regierung am Vorabend bestätigt.  
Südossetien ist eine Gebirgsregion im südlichen Kaukasus und wird im Norden durch den Hauptkamm des Kaukasus von der russischen Teilrepublik Nordossetien getrennt.  
Südossetien wird von den meisten Staaten als Teil Georgiens angesehen, ist jedoch bereits seit Anfang der 90er de facto unabhängig.  
Im August 2008 schickte Georgien Truppen nach Südossetien, um diese Region zurückzuerobern. Der Angriff, bei dem die südossetische Hauptstadt Zchinwal weitgehend zerstört und zahlreiche Zivilisten sowie russische Friedenssoldaten getötet wurden, konnte erst nach der Intervention russischer Truppen abgewehrt werden.  
Nach dem Fünf-Tage-Krieg erkannte Russland Südossetien sowie den anderen De-facto-Staat in Georgien, Abchasien, als unabhängig an und richtete dort Militärstützpunkte ein. Südossetien erklärte seinerseits den Kurs auf Einbindung in die Russische Föderation. Für dieses Jahr ist ein Referendum zu dieser Frage geplant.

**Dan-news.info/Dnr-online.ru: „Die ukrainischen Streitkräfte haben einen Beschuss des Jasinowataja-Bezirks mit Panzerwaffen begonnen, in Folge des Beschusses wurden Stromleitungen im Gebiet des Jasinowatajer Friedhofs beschädigt, die Donezker Filterstation, Awdejewka und die Awdejewker Kokerei haben wieder keinen Strom“, teilte das operative Kommando der DVR mit.  
Ein Panzergeschoss der ukrainischen Streitkräfte traf ein Haus in Jasinwataja im 3. Stadtteil.**

De.sputniknews.com: Ukrainische Nationalisten geben Entführungen von Menschen zu. Mitglieder der rechtsradikalen ukrainischen „Gruppierung S14“, die zur Nationalisten-Miliz „Rechter Sektor“ gehört, haben Entführungen von Menschen eingeräumt. Einer der Rechtsradikalen, Jewgeni Karas, hat das nach Angaben des Nachrichtenmagazins Korrespondent.net auf seiner Facebook-Seite zugegeben.  
Die Nationalisten entführten laut Karas zwei unbekannte Männer aus einem Zug, um sie dann gegen ukrainische Gefangene in der Ostukraine auszutauschen. Die Radikalen hätten die Männer in einem Wald in die Knie gezwungen und sich daraufhin mit den Behörden der selbsternannten Republik Donezk in Kontakt gesetzt, um den Austausch zu besprechen. Dabei sollen die Nationalisten ihre Gefangenen bedroht und versprochen haben, dass es ihnen „sehr schlecht gehen würde“.  
Eine ukrainische Armeestreife, die zu diesem Zeitpunkt den Rechtsradikalen begegnete, habe nicht versucht, sich irgendwie einzumischen. Die ukrainischen Soldaten hätten nur empfohlen, die „Viecher nicht allzu heftig zu verdreschen“.  
Es gibt laut Korrespondent.net jedoch keinen Zugverkehr zwischen den Republiken Donezk und Lugansk und den von Kiew kontrollierten Gebieten. Die Männer seien also offenbar von einem Bahnhof im Gebiet Donezk entführt worden.  
Der "Rechte Sektor" ist eine Vereinigung ukrainischer radikalnationalistischer Organisationen. Im Januar und Februar 2014 nahmen die Kämpfer der Bewegung an Zusammenstößen mit der Polizei und Erstürmungen von Verwaltungsgebäuden teil. In Russland wurde gegen den früheren Chef des Rechten Sektors, Dmitri Jarosch, ein Strafverfahren wegen Aufruf zu terroristischer Tätigkeit eingeleitet.



<https://cdnde2.img.sputniknews.com/images/30322/25/303222537.jpg>